Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt-Riesa. Fernruf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Dresden 1900. Girolasse Riesa Nr. 52.

№ 193. Freitag, 19. August 1921, abends. 74. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postschalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Silben) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 30 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: i. V.: H. Uhlemann, Riesa.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 19. August 1921.

—* **Bataillons-Tag Ldst.-Inf.-Bataillon Großenhain XII/8.** Die Freie Vereinigung ehem. Angehöriger des Ldst.-Inf.-Batln. Großenhain XII/8 mit seinen Ortsgruppen Dresden, Riesa, Königsbrück, Radeburg hält am 28. August in Großenhain seinen Bataillonstag ab. Frühere Angehörige und Freunde des Bataillons, welche gewillt sind, an dieser kameradschaftlichen Zusammenkunft teilzunehmen, wollen sich zwecks Unterbringung in Gasthaus- oder Privatquartieren mit A. Schneider, Manenallee 16 oder Hugo Heyne, Meißner Straße in Verbindung setzen.

—* **„Eine neue Verteuerung im Güterverkehr".** Unter dieser Stichmarke brachten wir gestern eine Mitteilung, zu der man uns folgendes schreibt: Wenn auch durch einen Nachtrag zum Eisenbahngütertarif Teil 1 die Sammelladungen von der Liste der Güter, bei denen die Fracht nach den Hauptklassen ohne Rücksicht auf das Ladegewicht der verwendeten Wagen für das wirkliche Gewicht, mindestens jedoch für 10 000 Kilogramm zu berechnen ist, vom 1. Oktober an gestrichen sind und dadurch die Frachtpreise im Sammelverkehr sich etwas erhöhen werden, so wird dennoch auch nach dem 1. Oktober der Sammelladungsverkehr gegenüber dem direkten Stückgutversand auch weiterhin erhebliche Vorteile bieten. Die Spediteure können durch Vereinigung von Stückgütern im Sammelwaggon vom 1. Oktober ab wie bisher Frachtvorteile bieten.

—* **160 Millionen neues Kleingeld.** Zur weiteren Schaffung kleiner Münzen fordert die Regierung vom Reichsrat die weitere Prägung von 160 Millionen Mark in kleiner Münze. Es sollen geprägt werden: 100 Millionen Mark Fünfzigpfennig-, 40 Millionen Mark Zehnpfennig-, 20 Millionen Mark Fünfpfennigstücke. Auch die Prägung von Einmarkstücken wird noch immer erwogen, bisher ist aber noch keine Entscheidung gefallen.

—* **Der Verband Sächsischer Industrieller gegen das Regiment des Klassenkampfes.** Gelegentlich einer Besprechung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der gestrigen Sitzung des Gesamtvorstandes des Verbandes Sächsischer Industrieller kam die lebhafte Beunruhigung zum Ausdruck, die in industriellen Kreisen Sachsens durch die Haltung der verantwortlichen Führer der sächsischen Regierungspolitik entstanden ist. Namentlich die Rede des Wirtschaftsministers, der, obwohl zur Pflege der gesamten wirtschaftlichen Interessen des Landes, also auch der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft durch sein Amt verpflichtet, in einer Rede in Meißen nach unwidersprochenen Zeitungsmeldungen offen zum Klassenkampf aufgefordert hat, sowie das von dem gleichen Geiste diktierte Verhalten anderer Minister, daß zu einer Flucht verdienter und kenntnisreicher Beamter aus der Verwaltung führen muß, wurden als mit den Interessen des Gesamtwohles unvereinbar bezeichnet. Man scheine sich in den Kreisen der Regierung nicht klar zu sein, welche gefährlichen Wirkungen auf das gesamte Wirtschaftsleben diese nach den Gesichtspunkten des reinen Klassenkampfes orientierte Politik der für das Wohl des Landes verantwortlichen Minister mit sich bringen. In industriellen Kreisen wird durch dieses, die wirtschaftliche Wiederaufbauarbeit verhindernde Verhalten der verantwortlichen Minister, das Vertrauen in eine objektive Würdigung der Forderungen und Bedürfnisse der Industrie durch die Regierung mehr und mehr erschüttert. Es legt die Frage nahe, Betriebserweiterungen zu unterlassen und Neugründungen nach anderen Gegenden des Reiches zu verlegen. Im Auslande erweckt diese nach dem Klassenkampf orientierte Politik sächsischer Minister aber den Eindruck, als ob Sachsen im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsgebieten ein durch soziale Gegensätze besonders gefährdeter Boden sei. Diese Tatsachen treffen den Unternehmer hart, viel härter aber die gesamte sächsische Arbeiterschaft und kann für sie, die an der Sammlung aller zum Wiederaufbau bereiten Kräfte aufs äußerste interessiert sei, gefährliche Folgen haben, die man erst erkennen wird, wenn es zu spät ist.

—* **Druschkohle.** Die Reichsgetreidestelle hat an den Reichs-Landbund in einem Schreiben die Grundsätze für die Belieferung mit Druschkohle niedergelegt. Da sie für die Landwirtschaft von allgemeinem Interesse sein dürften, lassen wir sie im Wortlaut folgen: „Die Reichsgetreidestelle hat seit längerem bereits die nötigen Vorkehrungen getroffen, um die Landwirtschaft mit der notwendigen Druschkohle zu versorgen. So hat die Abteilung Betriebsmittel der Geschäftsabteilung der Reichsgetreidestelle im Benehmen mit dem Reichskohlenkommissar die erforderlichen Schritte getan, um durch Zuweisung von Brennstoffen der Landwirtschaft den Getreideausdrusch zu ermöglichen, bezw. zu erleichtern. Außer den regelmäßigen Brennstoffen, die im Interesse der Versorgung der Landwirtschaft mit den erforderlichen Betriebskohlen durch einen sogenannten landwirtschaftlichen Vorschuß erhöht worden sind, werden die einzelnen Kreise noch eine besondere Beihilfe erhalten. Da naturgemäß die von der Reichsgetreidestelle ausgehende Aktion sich nur auf das von der Umlage zu erfassende Getreide beschränken muß, richtet sich die Höhe dieser besonderen Beihilfe in erster Linie nach dem Umlagesoll. Außerdem hängt diese auch von den dem Kommunalverband zur Verfügung stehenden Kraftquellen (Dampf, Elektrizität, Wasser, Göpel) sowie von dem Vorhandensein von Torf, Rohbraunkohle und Holz ab. Die Lieferung der Beihilfe wird in zwei Raten erfolgen. Die erste Rate ist bereits ausgeteilt worden, die zweite wird, soweit auch dies noch nicht geschehen ist, geliefert, sobald das Umlagesoll für den Kommunalverband feststeht."

—* **Die Regierung und die Staatsbeamten.** Nachdem nun auch in mehrheitssozialistischen Kreisen die Erkenntnis durchgedrungen ist, daß im Interesse des Staates eine Verständigung zwischen den Staatsbeamten und der Regierung gesucht werden muß, fühlt sich nun die „Unabhängige Volkszeitung" in Dresden veranlaßt, ihren Presseseldzug mit dem sie bisher in Bezug auf die Staatsbeamten die bürgerliche Presse beglückte, nun auch auf die Dresdner Volkszeitung" auszudehnen. Wenn die Mehrheitssozialisten für eine Verständigung eintreten, so „verkennen sie die tatsächliche Sachlage". Die auch von der „Dresdner Volkszeitung" vorgeschlagene Verständigung nach dem Muster Kühns sei „mit diesen Leuten überhaupt nicht angebracht". Sehr schmerzlich empfindet es die Unabhängige, daß der „Dresdner Volkszeitung" die Ernennung des Genossen Nyssel zum Leipziger Amtshauptmann anscheinend nicht recht behagt."

—* **Die nichtgehaltene Rede des Ministerpräsidenten.** Bekanntlich war gemeldet worden, die Unabhängigen hätten gedroht, das Arbeiterturnfest sofort zu verlassen, wenn Ministerpräsident Buck eine Begrüßungsansprache halten würde. Zu dieser Zeitungsnachricht veröffentlicht nunmehr der Hauptausschuß des Arbeiterturnfestes eine Erklärung, in der es heißt: „Einmütig war man der Ansicht, daß wir gar keine Ursache haben, den bürgerlichen Begrüßungsrummel nachzuäffen. Wenn kein solch großes Lokal zur Verfügung steht, daß alle Turner darin unterkommen können, muß eben auch die Begrüßung durch die Behörden unterbleiben. Die Behörden haben ja durch Beflaggen der öffentlichen Gebäude zu erkennen gegeben, daß die Arbeiterturner Sachsens in Dresden willkommen sind. Alle auswärtigen Teilnehmer waren damit befriedigt." — Sonderbar bleibt es immerhin, daß diese Antwort auf die Zeitungsnachricht eine volle Woche hat auf sich warten lassen. Die Bedenken wegen der Lokalschwierigkeiten müssen wohl auch erst so ziemlich in letzter Minute aufgetaucht sein, wenigstens hätte wohl sonst der Ministerpräsident in seiner Rede an die Deutsche Turnerschaft davon abgesehen, zu erklären, daß er auch die Arbeiterturner mit einer Ansprache begrüßen werde.

* **Röderau.** In der am Sonntag, den 14. August, im Brauerei-Restaurant abgehaltenen Monatsversammlung des Mietervereins brachte der Vorsitzende ein Schreiben des Wohnungsausschusses zur Verlesung, in welchem dieser ersuchte, 3 Mitglieder des Mietervereins zu einer zu bildenden Kommission zu entsenden, welche die Aufgabe haben soll, in Gemeinschaft mit 3 Hausbesitzern und 2 unparteiischen Mitgliedern des Wohnungsausschusses unter Vorsitz des Gemeindevorstandes Richtlinien zur Mietpreisfestsetzung auszuarbeiten. Vom Vorsitzenden, sowie sämtlichen Rednern wurde der Antrag mit Freuden begrüßt und der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß der Hausbesitzerverein, welcher den gleichen Antrag erhalten hat, von seinem bisher ablehnenden Standpunkt in dieser so wichtigen Frage absehen und eine zusagende Haltung einnehmen möge. In die Kommission wurden die Herren Lehmann, Treibmann und Bröckelt einstimmig gewählt. Herr Treibmann hielt an der Hand von einwandfreiem Material einen interessanten Vortrag über die Haus- und Grundbesitzertagung in Köln. Zum Bundestag in Dresden beschloß man einstimmig den Vorsitzenden, Herrn Lehmann, abzuordnen. Am Schlusse wurden noch verschiedene Anfragen bezw. Beschwerden über die Berechnung des Lichtes seitens verschiedener Hausbesitzer vorgebracht.

Jahna. Nachdem in hiesiger Gegend die Ernte glücklich unter Dach und Fach gebracht war, versammelten sich am vergangenen Sonnabend im Gasthof sämtliche Besitzer von Jahna und Binnewitz mit ihren Leuten, um nach langer Zeit in ortsüblicher Weise „guten Montag" zu feiern. Zu aller Zufriedenheit verlief das Fest in größter Harmonie.

)(Dresden. Im Mordprozeß Fischer verurteilte das Schwurgericht den Angeklagten Fischer wegen Mordes, wegen versuchten Mordes und Raubes zu zehn Jahren Zuchthaus und dauerndem Ehrenrechtsverlust. Der in Coßebaude wohnhafte Sattler Fischer hatte am 28. Mai d. J. in der Wohnung des Juweliers Hager dessen Tochter überfallen, gewürgt und ihr mit einem Rasiermesser den Hals durchschnitten. Als Hager zurückkehrte, suchte er diesen ebenfalls zu würgen. Als ihm dies nicht gelang, sprang er auf die Straße und wurde hier von dem ihm entgegentretenden Glöckner Neumann festgenommen.

Oberwiesenthal. Auf dem Keilberg fand eine von Behörden Böhmens und Sachsens stark besuchte Versammlung statt, die sich mit dem bereits in Friedenszeiten lebhaft erörterten Projekt einer Keilbergbahn befaßte. Lehrer Zapp-Weigert berichtete über den Stand der Vorarbeiten, woraus ersichtlich war, daß die städtischen und Bezirksbehörden von Karlsbad, Weigert usw., sowie die Städte Leipzig, Chemnitz u. a. das lebhafteste Interesse an der Ausführung des Projektes haben und den großen Bahnweg Hamburg—Leipzig—Chemnitz—Annaberg—Keilberg—Karlsbad—Triest auf das Wärmste befürworten. In Prag will auch die dortige Regierung dem Projekt förderlich sein. Man wird nunmehr das parlamentarische Verhalten abzuwarten haben.

* **Oberlungwitz.** Einen blutigen Kampf mit einem Einbrecher hatte der Bademeister Dietrich in der hiesigen Badeanstalt zu bestehen gehabt. D. überraschte den unbekannten Täter, der ihn durch Beilhiebe so schwer verletzte, daß eine Verfolgung unmöglich war.

* **Plauen.** Einen Ueberfall auf einen Gefängnisbeamten führte ein gefährlicher Verbrecher aus, der sich wegen schweren Einbruchs hier in Untersuchungshaft befindet. Es war ihm gelungen von seiner Bettstelle einen Eisenstab loszuwuchten, den er unter dem Rocke verborgen hielt. Nachmittags gegen 5 Uhr griff er damit in einem Korridor des Gerichtsgebäudes den Oberwachtmeister an, der ihn vorgeführt hatte und führte mehrere Schläge nach dem Kopf des 63 jährigen Beamten, sodaß dieser ohnmächtig niederstürzte. Da andere Gerichtsbeamte in der Nähe waren, gelang es, den Verbrecher zu packen, ehe es ihm gelang, zu entkommen. Daß der Fluchtversuch schon seit langem vorbereitet war, ging daraus hervor, daß es der Einbrecher verstanden hatte, sich in den Besitz einer Zivilmütze zu setzen.

* **Leipzig.** Den schon seit mehreren Tagen streikenden Arbeitern der Glas-Industrie und des Holz-Gewerbes in Leipzig haben sich am Donnerstag früh auch die Elektromonteure angeschlossen, nachdem sie das Angebot der Arbeitgeber als ungenügend abgelehnt haben. Dadurch wird die Fertigstellung der Meßbauten für die am 28. August beginnende Herbstmustermesse in Frage gestellt.

* * *

Reichenberg. Der Buchdruckereibesitzer und Herausgeber der „Brüxer Zeitung", Julius Heidrich, wollte mit seinem Auto nach Reichenberg zur Messe fahren. An einer Straßenbiegung vor Auscha platzte der Reifen eines Vorderrades, und als der Lenker den Wagen aufhalten wollte, auch der Pneumatik eines Hinterrades. Der Wagen wurde über die Straßenböschung hinuntergeworfen und kippte um, wobei die Insassen Heidrich, der Photograph Meurer und die Tochter des Buchrevisors Hönig aus Brüx etwa zehn Meter weit geschleudert wurden und Verletzungen erlitten. Die Verletzungen des Fräulein Hönig waren so schwer, daß sie binnen kurzem starb.

* **Türchau.** Bei dem Gewitter, das über unseren Ort niederging, entwurzelte eine Windhose mehrere starke Obstbäume und schleuderte sie zur Erde. Auch eine große starke Linde wurde entwurzelt und gespalten.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Zum Berliner Holzarbeiterstreik. Wegen des Streiks eines Teiles der Berliner Holzarbeiter haben die Berliner Holzindustriellen die Stillegung sämtlicher Betriebe von heute ab angeordnet.

Die Danziger Technische Hochschule bleibt deutsch. Durch Entscheidung der Interalliierten Verteilungskommission ist das Eigentum an der Technischen Hochschule der Freien Stadt Danzig uneingeschränkt zugesprochen worden. Die hieran geknüpften Bedingungen, die Einführung eines Lektorats für polnische Sprache, einer Vorlesung über polnische Wirtschaftsgeographie, die Beschaffung auch polnischer wissenschaftlicher Bücher für die Bibliothek und die paritätische Behandlung polnischer Staatsangehöriger bei der Aufnahme sind von untergeordneter Bedeutung. Die Hochschule bleibt vollkommen deutsch, behält deutsche Unterrichtssprache und Selbstverwaltung unter der Regierung der freien Stadt Danzig ohne jeden Einfluß der Republik Polen. Der deutsche Charakter wird in keiner Weise angetastet.

Dr. Lanz †. Wie aus Mannheim gemeldet wird, ist Kommerzienrat Dr. Lanz, der seit Jahren an der Spitze der Weltfirma Heinrich Lanz, Mannheim, stand, vorletzte Nacht nach langer Krankheit gestorben.

Ein deutsch-italienisches Handelsabkommen. Das „Berliner Tageblatt" hört, daß Verhandlungen zwischen deutschen und italienischen Regierungsvertretern zur Abfassung eines Handelsabkommens geführt werden. Der Entwurf, der noch keine endgültige Formulierung erhalten hat, liegt zur Zeit dem italienischen Ministerium des Aeußeren vor.

Der Rittmeister v. Lustig, gegen den die Wiener Zeitung „Börse" Vorwurf der Korrumpierung von Beamten des preußischen Kriegsministeriums und anderer staatlicher Stellen erhoben hatte, beantragte bei der zuständigen Staatsanwaltschaft in Berlin die Einleitung einer Untersuchung gegen sich selbst.

Bayerns Absicht, die Getreideausfuhr zu verbieten. Laut „Ditsch. Allg. Ztg." haben nochmals Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und Vertretern des Bayrischen Landwirtschaftsministeriums über das Verlangen Bayerns nach Abschließung seines Gebietes in der Getreidewirtschaft stattgefunden. Auch diese Verhandlungen haben damit geendet, daß die Reichsregierung auf ihrem ablehnenden Standpunkte verharrte, da sie nicht anerkennen konnte, daß in Bayern größerer Getreidewucher herrsche als in den anderen Ländern.

Die Helgoländer verlangen Steuerbefreiung. Die „Frankfurter Zeitung" meldet: Nach Mitteilungen aus Helgoland soll es dort am vergangenen Montag zu Zusammenrottungen und schließlich zu Zusammenstößen mit der Schutzpolizei gekommen sein. Diese Nachrichten sind übertrieben. Der Vorgang soll, wie von amtlicher Stelle mitgeteilt wird, auf die seit einiger Zeit auf Helgoland betriebene Propaganda zur Erreichung der Steuerbefreiung für die Inselbevölkerung zurückzuführen sein. Auf die Nachricht, daß die Angelegenheit der Helgoländer Steuerbefreiung an den Reichstag überwiesen worden sei, hatte eine große Anzahl Steuerpflichtiger beschlossen, die Abgabe einer Steuererklärung zu verweigern. Wegen dieser Auffassung wandte sich der Helgoländer Regierungskommissar an die Regierung und erhielt die Auskunft, daß der Reichstag mit der Helgoländer Steuerangelegenheit nicht befaßt werden würde. Diesen Bescheid ließ er auf Helgoland öffentlich anschlagen, wobei er gleichzeitig hinzufügte, daß die Steuerpflichtigen, die sich weigerten, eine Steuererklärung anzufertigen, die Folgen ihrer Handlungsweise auf sich nehmen müßten. Diese Erklärung des Regierungskommissars gab Anlaß zu einiger Beunruhigung unter der Helgoländer Bevölkerung. Mit Hilfe einer kleinen Abteilung Schutzpolizei konnten die Demonstranten zum Auseinandergehen gebracht werden. Zu weiteren Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Polen.

Metallarbeiterstreik in Warschau. Es streiken in Warschau 128000 Arbeiter der Metallindustrie; sie fordern eine 75 prozentige Lohnerhöhung.

Ungarn.

Die Bildung einer neuen Nationalarmee. Landesverteidigungsminister Vitinka legte in der National-